

Es informiert Sie	Petra Paßmann
Telefon (0202)	563 66 97
Fax (0202)	563 80 50
E-Mail	Petra.Passmann@stadt.wuppertal.de
Datum	07.05.04

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses (SI/1858/04) am 06.05.2004

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Klaus Jürgen Reese,

von der CDU-Fraktion

Herr Ralf Geisendörfer, Herr Hans-Herbert Grimm, Herr Horst Hombrecher, Herr Stefan Kleusch, Frau Barbara Weis (ab 16.25 Uhr),

von der SPD-Fraktion

Herr Bernd Dillbohner, Herr Matthias Dohmen, Herr Andreas Mucke, Herr Oliver-Siegfried Wagner,

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Lorenz Bahr ,

von der FDP-Fraktion

Herr Jürgen Henke ,

als sachkundige Einwohner

Herr Christian Limbach , Herr Alexander Rocho ,

von der Verwaltung

Herr Thomas Uebrick (GBL1.2), Herr Michael Walde (R 101),

Schriftführerin:

Petra Paßmann

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 17:35 Uhr

I. Öffentlicher Teil

0 Zur Tagesordnung:

Herr Stv. Reese weist auf den als Tischvorlage verteilten gemeinsamen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, B 90/GRÜNE und FDP (VO/ 2957/04) hin. Zu diesem Punkt - und ebenfalls als Tischvorlage - liege darüber hinaus eine Drucksache der Verwaltung (VO/ 2856/04) aus. Der TOP wird im Anschluss an den öffentlichen Sitzungsteil angesprochen.

Herr Stv. Grimm möchte jeweils die TOP 1. und 2., 3. und 4., 6. und 7. sowie 10. und 11. gemeinsam beraten wissen.

Es besteht Einvernehmen, entsprechend den Hinweisen zu verfahren.

1 **Stadtumbau West** **Vorlage: VO/2826/04**

Herr Stv. Hombrecher erläutert noch einmal kurz den Antrag seiner Fraktion.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 06.05.2004:

Im Hinblick auf die Diskussion und Beschlussfassung zu TOP 2. „Stellungnahme der Verwaltung“ sieht der Stadtentwicklungsausschuss den Antrag als in der Sache erledigt an.

Einstimmigkeit

2 **Stadtumbau West - Stellungnahme der Verwaltung -** **Vorlage: VO/2852/04**

Für die CDU-Fraktion möchte Herr Stv. Grimm dem Vorschlag der Verwaltung folgen und sieht den Antrag selbst als in der Sache erledigt.

Herr Stv. Bahr begrüßt die Initiative vom Grundsatz her, hegt aber gewisse Bedenken hinsichtlich der Umsetzung.

Herr Limbach regt für die Umweltverbände über eine Förderung hinaus die Erstellung eines Gesamtkonzeptes an.

Herr Stv. Hombrecher macht deutlich, dass es viele Interessenten für das Programm geben werde und empfehle daher, „dicht dran“ zu bleiben.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 06.05.2004:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. unverzüglich nach Veröffentlichung eines Förderprogramms „Stadtumbau West“ geeignete Vorschläge zur Beteiligung an diesem Programm zu entwickeln und
2. bereits im Vorfeld eines solchen Programms - aufgrund der bislang

bestehenden Informationen – Überlegungen zu entsprechenden Fördermaßnahmen anzustellen.

Einstimmigkeit

3 Abstimmung der Modernisierungsmaßnahmen der Bahn AG an Wuppertaler Bahnhöfen mit den Projekten der Regionale 2006
Vorlage: VO/2811/04

Unter Hinweis auf die Ausführungen der Verwaltung auf das sehr eingeschränkte Modernisierungsprogramm der Bahn sehen die Herren Stv. Mucke und Stv. Bahr den Antrag als in der Sache erledigt an.

Für Herrn Stv. Grimm wurde mit dem Antrag eine „gute“ Sache angestossen.

Nach den Herrn Stv. Henke vorliegenden Informationen schein sich die Haltung der Bahn geändert zu haben. Seine Fraktion habe mit dem Antrag eine erneute Kontaktaufnahme anregen wollen.

Herr Beig. Uebrick erklärt, dass es sich bei der Bahnhofsmodernisierungs-offensive (MOF-Programm) um ein streckenbezogenes, finanziell sehr begrenztes Maßnahmenprogramm handle. Vorrangiges Ziel sei die Modernisierung von Bahnsteiganlagen und deren unmittelbarer Erschließung. Darüber hinausgehende Beteiligungen z. B. im Rahmen der Regionale 2006 habe die Bahn auch in einem Termin am letzten Freitag ausdrücklich abgelehnt. Hierzu zähle beispielsweise der behindertengerechte Ausbau der Bahnhöfe.

Aufgrund des geringen finanziellen Spielraumes würden selbst die bereits durchgeführten Maßnahmen nicht dem entsprechen, was man normalerweise erwarten würde (Stichwort: nicht durchgehender Wetterschutz).

Selbstverständlich werde die Verwaltung auch weiterhin den Kontakt zur Bahn suchen, er habe jedoch wenig Hoffnung auf eine aktivere Beteiligung.

Vor diesem Hintergrund möchte Herr Stv. Henke das Problem erst recht thematisieren und an den Rat weitergeben.

Für Herrn Stv. Bahr ist diese Intention jedoch nicht mehr Inhalt des Antrages.

Herr Stv. Reese stellt fest, dass eine stärkere Beteiligung der Bahn im Zusammenhang mit der Regionale 2006 wünschenswert sei. Nach einer kurzen Diskussion wird der Beschlussvorschlag der Verwaltung auf seinen Vorschlag hin neu gefasst. Der Antrag gilt damit als in der Sache erledigt.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 06.05.2004:

Im Hinblick auf die Beschlussfassung zu TOP 4. „Stellungnahme der Verwaltung“ sieht der Stadtentwicklungsausschuss den Antrag als in der Sache erledigt an.

Einstimmigkeit

4 **Modernisierungsmaßnahmen der Bahn AG an Wuppertaler Bahnhöfen**
Vorlage: VO/2869/04

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 06.05.2004:

Der Bericht zur Modernisierungsoffensive der Deutschen Bahn AG und des Landes NRW wird entgegen genommen.

Die Verwaltung wird ausdrücklich beauftragt, verstärkt auf die Bahn zuzugehen und sie im Zusammenhang mit der Regionale 2006 zu Maßnahmen im Umfeld und an den Gebäuden selbst zu bewegen.

Einstimmigkeit

5 **Städtebauliche Neuorientierung Bereich Loh**
Vorlage: VO/2870/04

Herr Stv. Grimm macht Beratungsbedarf geltend und möchte den Antrag an Hauptausschuss und Rat verwiesen wissen.

Herr Stv. Bahr hat Zweifel hinsichtlich der Realisierbarkeit insbesondere im Hinblick auf eine Förderung noch in diesem Jahr. Er erbitte in diesem Zusammenhang einen kurzen Sachstandsbericht der Verwaltung.

Herr Stv. Mucke verweist auf die Position seiner Fraktion in dieser Angelegenheit. Er befürchte ebenfalls, dass es für eine Antragstellung zu spät sei. Gleichwohl könne er dem Verfahrensvorschlag von Herrn Stv. Grimm folgen.

Herr Beig. Uebrick erläutert, dass das Projekt „Wohnen und Arbeiten“ bereits bei der Bezirks-Regierung vorgelegen habe, jedoch nach dem Ratsbeschluss für ein neues Stadtbad an der Wartburgstraße nicht weiter bearbeitet wurde. Die Verwaltung habe dann geprüft, inwieweit das Wohnbauprojekt in reduzierter Form unter Inanspruchnahme von Fördermitteln realisiert werden könne und diese Maßnahme zur Förderung 2003 angemeldet. Die Bezirksregierung habe jedoch deutlich gemacht, dass das reduzierte Projekt nicht im Rahmen der Regionale gefördert werden könne.

Sollten nunmehr die ursprünglichen Planungen wieder aufgegriffen und zur Förderung angemeldet werden, dann erwarte die Bezirksregierung ein klares Votum (in Form eines Ratsbeschlusses). Er biete an, den Sachverhalt und die heute diskutierten Fragen in den nächste Woche stattfindenden Fördergesprächen vorzuklären.

Auf Vorschlag von Herrn Stv. Reese wird der Punkt auf die nächste Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vertagt.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 06.05.2004:

Die Beschlussfassung wird auf die nächste Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 01.07.04 vertagt.

Der Ausschuss erbittet hierzu einen Sachstandsbericht der Verwaltung.

Einstimmigkeit

**6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Managementprogramm
"Innenstadtentwicklung"
Vorlage: VO/2639/04**

Herr Stv. Bahr sieht den Antrag seiner Fraktion nicht als einzelne Maßnahme im Managementprogramm, vielmehr lege sich die Zielsetzung quasi als Querschnittsaufgabe über das gesamte Programm.

Herr Stv. Mucke wertet diesen Ansatz als sehr positiv und regt an, ihn so im Managementprogramm zu berücksichtigen.

Unter Hinweis auf die Wohnungsleerstände und den prognostizierten Bevölkerungsrückgang unterstützen die Umweltverbände Konzepte, mit denen die Innstädte attraktiver gestaltet werden können und damit den Wohnflächenverbrauch im Außenbereich reduzieren helfen.

Herr Rocho berichtet, dass er als Architekt häufiger gefragt werde, warum die Stadt nicht auf die Eigentümer zukomme. Er halte es daher für sehr hilfreich, um Verständnis zu werben und die Eigentümer einzubeziehen, zumal diese normalerweise ein starkes Eigeninteresse hätten. Einseitige Vorstöße der Politik und Verwaltung fänden dagegen wenig Akzeptanz.

Herr Stv. Henke bittet, die Beschlussfassung auf Hauptausschuss und Rat zu schieben.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 06.05.2004:

Beratung und Beschlussfassung werden auf Hauptausschuss und Rat geschoben.

Einstimmigkeit

**7 Managementprogramm 2004/2005 der Stadt Wuppertal
Vorlage: VO/2594/04**

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 06.05.2004:

Beratung und Beschlussfassung werden auf Hauptausschuss und Rat geschoben.

Einstimmigkeit

**8 Gestaltung des Islandufers mit einer Wupper-Freitreppe und Promenade
Vorlage: VO/2448/04**

Obwohl Herr Stv. Grimm seit dem heutigen Tage alle Regionale-Maßnahmen in Frage gestellt sieht möchte er der Vorlage ausdrücklich zustimmen.

Gerade im Hinblick auf die „Lebensader Wupper“ begrüßt Herr Stv. Mucke die vorgelegte Planung „jetzt erst recht“.

Herr Stv. Bahr wertet das Projekt als sehr positiv.

Auf Nachfrage von Herrn Stv. Bahr betont Herr Beig. Uebrick, dass es sich um ein zusätzliches Projekt handele. Im Haushaltsplanentwurf seien Investitionsmittel in Höhe von rund 400 000 € für die Wiederherstellung des Gehweges ohne Kragarm angemeldet, die – vorbehaltlich der Genehmigung der Kommunalaufsicht – als städtische Eigenmittel für einen Förderantrag eingesetzt werden könnten. Im Gespräch mit dem Land seien Förderfähigkeit und –bedingungen nach den Förderrichtlinien der Stadterneuerung zu klären.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 06.05.2004:

1. Der Neugestaltung des Islandufers mit einer Freitreppe zur Wupper und einer Promenade zwischen Brücke Alexanderstraße und Brücke am Wall wird im Grundsatz vorbehaltlich der Finanzierungssicherung zugestimmt.
2. Die Maßnahme wird in das Regionale 2006 – Projekt „Freiraumprogramm Talachse“ konzeptionell, planerisch und organisatorisch integriert.
3. Die Stadt Wuppertal bespricht mit dem Land NRW die entsprechenden Fördermodalitäten.

Einstimmigkeit (bei einer Stimmenthaltung).

9 Fußgängerwege Hardtufer
Vorlage: VO/2792/04

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 06.05.2004:

Der Stadtentwicklungsausschuss spricht sich für Variante 2 (Fußweg ohne Kragarm) aus.

Einstimmigkeit

10 Stellplatzablösezahlungen
Vorlage: VO/2706/04

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 06.05.2004:

Im Hinblick auf die Diskussion und Beschlussfassung zu TOP 11. „Stellungnahme der Verwaltung“ sieht der Stadtentwicklungsausschuss den Antrag als in der Sache erledigt an.

Einstimmigkeit

**11 Differenzierung der Ablösesummen in der bestehenden Stellplatz-
Ablösungs-Satzung**
Vorlage: VO/2658/04

Für Herrn Stv. Bahr ist der Antrag mit der differenzierten Stellungnahme der Verwaltung in der Sache erledigt.

Herr Stv. Reese erinnert daran, dass bereits der Ausschuss im Zusammenhang mit der Ablösung der alten Satzung den Auftrag zur Erarbeitung eines neuen Konzeptes erteilt habe.

Herr Stv. Henke kann die Festlegung der Zonen so noch nicht nachvollziehen

und macht dies an einem Beispiel aus dem Bereich Haspel (hohe Ablösesumme) deutlich. Er rege daher an, die Definition der Zonen zu überarbeiten und dem Ausschuss erneut vorzulegen.

Herr Beig. Uebrick betont, dass die Verwaltung mit ihrem Vorschlag im Sinne einer Wirtschaftsförderung tätig werden wolle. Für eine schnelle Reaktion habe man die „alten“ Gebiete und Kriterien übernommen. Eine neue Zoneneinteilung bzw. die Entwicklung neuer Kriterien bedeuteten ein sehr aufwändiges und zeitintensives Verfahren. Vor diesem Hintergrund empfehle, der Vorlage heute zuzustimmen und ggf. weitere Prüfaufträge zu erteilen.

Herr Stv. Reese beurteilt eine Entlastung bereits in der ersten Stufe als sehr hilfreich.

Auf Frage von Herrn Stv. Bahr erklärt Herr Beig. Uebrick, dass nach der Landesbauverordnung die Ablösesummen zweckgebunden (für den Bau von Stellplätzen) seien.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 06.05.2004:

Der Rat beschließt die 1. Änderung der Satzung über die Festlegung der Gebietszonen und die Höhe des Geldbetrages nach § 51 Absatz 5 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen für die Ablösung der Verpflichtung zur Herstellung von Stellplätzen für Kraftfahrzeuge-Stellplatz-Ablösungs-Satzung vom 27.9.2001 – gemäß Textanlage 1.

Zeitgleich wird die Verwaltung gebeten, die Einteilung der Gebietszonen zügig zu überprüfen und ggf. Änderungsvorschläge einzubringen.

Einstimmigkeit

12

Masterplan zur Entwicklung der Wuppertaler Gewerbeparks Vorlage: VO/2431/04

Herr Stv. Bahr vermisst in diesem Zusammenhang Informationen zu den erforderlichen finanziellen Aufwendungen und dies insbesondere bezogen auf den Gewerbepark Kleinhöhe. Bezogen auf diesen Bereich bitte er daher um Auskunft zu den Grundstücks-, den Planungs- und den Erschließungskosten. Ihn interessiere darüber hinaus, an welcher Stelle im Haushaltsplan diese Mittel etatisiert seien.

Er weise darauf hin, dass er den Regierungspräsidenten schriftlich angefragt habe, ob die Kleinhöhe ggf. eine verzichtbare und unter dem engen Handlungsrahmen der vorläufigen Haushaltsführung zu untersagende freiwillige Leistung sei.

Herr Beig. Uebrick informiert, dass im Haushalt 2004/2005 Mittel für die Gewerbeerschließung veranschlagt seien. Ankaufsmittel würden nicht gesondert ausgewiesen, da sich der überwiegende Teil der Flächen bereits im Besitz der Stadt befinde. Die noch ggf. notwendigen Ankäufe für eine Arrondierung würden aus dem normalen – bei der Grundstückswirtschaft geführten – Ansatz „Grundstückskäufe“ geführt.

Auf Nachfrage von Herrn Stv. Henke zu den Begrifflichkeiten erklärt Herr Beig. Uebrick, dass es sich bei dem alle Gewerbeparks umfassenden Gutachten der Fa. Agiplan um den sog. Masterplan handele. Ergänzend habe die Fa. Bulwien

die Tragfähigkeit des Konzeptes „Mediapark“ im Rahmen einer Machbarkeitsstudie untersucht. Für den Bereich der GOH-Kaserne habe es eine gesonderte Betrachtung durch die Fa. Planquadrat gegeben.

Herr Stv. Bahr hält es für problematisch, dass die Studie der Fa. Agiplan lediglich den Stadtverordneten vorliege, die im Aufsichtsrat der WiBeFö vertreten seien.

Er bitte noch einmal um eine Information zu den konkreten Kosten für den Ankauf der Restflächen für die Entwicklung Kleinhöhe in 2004 und 2005 (Antwort der Verwaltung erfolgt nachstehend).

Unter Hinweis auf den Beschluss des Ausschusses zur Entwicklung eines Konzeptes „Gewerbeflächen“ kritisiere er, dass heute „nur“ ein Masterplan mit den als zentral identifizierten Flächen vorgelegt werde. Ihm fehlten beispielsweise die im Rahmen des Flächennutzungsplanes (FNP) beschlossenen Gewerbeflächen. In diesem Zusammenhang halte er für die weitere Entwicklung die Erstellung eines Brachflächenkatasters für unerlässlich.

Herr Limbach erinnert daran, dass die GOH-Kaserne, große Teile des Rangierbahnhofes Vohwinkel und der Mediapark im FNP nicht als Gewerbeflächen ausgewiesen seien. Bei einer entsprechenden Ausweisung sollten andere Flächen entfallen. Nach wie vor habe er ökologische Bedenken im Hinblick auf die Kleinhöhe bzw. den Rangierbahnhof Vohwinkel.

Herr Stv. Reese stellt klar, dass bis auf die GOH-Kaserne alle Flächen im FNP auch als Gewerbeflächen dargestellt würden.

(Antwort der Verwaltung:

Die Grundstücksankäufe sind nicht zwingend für die Realisierung des Gewerbeparks erforderlich, da es sich um Randflächen handelt, die auch zu einem späteren Zeitpunkt als Arrondierungen hinzukommen können. Ein Ankauf von Flächen ist z. Zt. nicht vorgesehen. Dementsprechend sind keine Haushaltsmittel erforderlich.

Für das Bebauungsplanverfahren sind Gutachtenmittel in Höhe von ca. 6.000 € erforderlich, die aus den Planungsmitteln des Ressorts Stadtentwicklung und Stadtplanung bezahlt werden.

Die Grunderwerbs- und Planungskosten der 80er Jahre können nicht als Ausgaben betrachtet werden, die im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsberechnung für den Gewerbepark Kleinhöhe zu berücksichtigen sind.

Im Zuge der Rahmenplanung sind bis Ende 2003 Gutachtenkosten in Höhe von ca. 57.500 € bei der Stadt und 14.000 € bei den WSW entstanden. Hinzu kommen interne Leistungen der Verwaltung.

Aktuell wird die Erschließungsplanung für den Gewerbepark konkretisiert. Auf dieser Grundlage wird die Verwaltung eine Abschätzung der Wirtschaftlichkeitsberechnungen vorlegen. Die Berechnung ist mit mehreren Unsicherheitsfaktoren behaftet. Auch wenn jedoch die ungünstigsten Annahmen zugrunde gelegt werden, ist in der Tendenz mit einem positiven Ergebnis zu rechnen. Insgesamt ergibt sich bei einem angenommenen Verkaufspreis pro qm von 70 € eine rechnerische Einnahme von 15,8 Mio. € .

Der Gewerbepark wird in mehreren Bauabschnitten realisiert, so dass die Investitionskosten entsprechend abschnittsweise anfallen. Die Bereitstellung der Investitionsmittel und deren Vorfinanzierung ist grundsätzlich über den

städtischen Haushalt möglich, da über den Verkauf der Grundstücke eine Refinanzierung möglich ist. Denkbar ist auch die Einschaltung von privaten Projektentwicklern, die z.B. als Treuhänder für die Stadt handeln.)

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 06.05.2004:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Grundstücksankauf, die Bauleitplanung, und andere erforderliche Maßnahmen zur Entwicklung der einzelnen Gewerbeparks sowie die Grundstücksvermarktung an den Maßstäben des Masterplans auszurichten und Vorschläge für die Schaffung geeigneter Organisationsstrukturen zur effektiven, zeitnahen Umsetzung der Ziele zu erarbeiten.

Einstimmigkeit

**13 Entwicklung des Stadtteils Sonnborn - Ergebnisbericht der Arbeitsgruppe
Vorlage: VO/1922/03**

Herr Stv. Mucke hält den Beschlussvorschlag – hier insbesondere Punkt 4. – bezogen auf den Stadtentwicklungsausschuss für eher irreführend.

Herr Beig. Uebrick erklärt, dass der Bericht ursprünglich für die Bezirksvertretung vorgesehen war, diese jedoch auch den Ausschuss mit dem Thema und der Drucksache befassen wollte. In diesem Zusammenhang weist er auch auf die weitergehende Beschlussfassung der BV hin.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 06.05.2004:

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Beschlüsse der BV Elberfeld-West zur Kenntnis und unterstützt sie in ihrer Intention.

Einstimmigkeit

**14 Wirtschaftliche Verwertung der GOH-Kaserne - Aufhebung der
Unterschutzstellung möglich
Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und der FDP-Fraktion vom 04.05.2004.
Vorlage: VO/2957/04**

Herr Stv. Bahr begründet den gemeinsamen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP. Im Moment verzögere sich das Verfahren aufgrund eines bisher formal unbegründeten Widerspruches der Wehrbereichsverwaltung West. Mit der Resolution solle der Eigentümer gebeten werden, den Widerspruch aufzuheben oder schnellstmöglich zu begründen, um das Denkmalschutzverfahren abschließen zu können.

Herr Beig. Uebrick empfiehlt, die Resolution heute so nicht zu fassen. Gerade der Widerspruch bringe Bezirks-Regierung, Stadt und Eigentümer an einen Tisch, um nach gemeinsamen Regelungen zu suchen. Die Rücknahme des Rechtsbehelfes würde dazu führen, dass möglicherweise keine Einspruchsmöglichkeiten mehr im Sinne der wirtschaftlichen Entwicklung des Geländes bestünden. Erst wenn eine Lösung existiere sei aus seiner Sicht der richtige Zeitpunkt für die Rücknahme des Widerspruches gegeben.

Er erläutert in diesem Zusammenhang – auch unter Hinweis auf die für die

nächste Sitzung des Ausschusses vorgesehene und heute als Tischvorlage vorab verteilte Vorlage – die zweistufige Verfahrensregelung nach dem Denkmalschutzgesetz. Dieses trenne zwischen der konstitutiven Begründung des Denkmalschutzes (erste Stufe) und den daraus resultierenden Wirkungen und Folgemaßnahmen in Form von Rechten und Pflichten (zweite Stufe). Stufe 1 sei bereits erfolgt. Innerhalb des in Stufe 2 vorgesehenen – im Übrigen vom Widerspruchsverfahren unabhängigen - Erlaubnisverfahrens können auf konkreten Antrag hin (Bauantrag, Antrag auf Vorbescheid, Erlaubnisantrag) Veränderungen eingeleitet und diskutiert werden.

Konkret bedeute dies: um im Rahmen des Erlaubnisverfahrens eine Abbruchgenehmigung erhalten zu können müsse im Zuge der Projektentwicklung nachgewiesen werden, dass eine Umnutzung wirtschaftlich nicht zu realisieren sei. Die g.e.b.b. sollte ihren Widerspruch gegen die Unterschutzstellung daher aufrechterhalten, bis mit der Bezirksregierung die Modalitäten dieses Nachweises vereinbart worden sind.

Herr Stv. Henke möchte die laufenden Gespräche nicht gefährden.

Herr Stv. Mucke schließt sich aufgrund des heute geschilderten Sachverhaltes der Empfehlung der Verwaltung an. Fragen stellten sich ihm aber in Hinblick auf die Zeitschiene.

Auf Nachfrage von Herrn Stv. Hombrecher erklärt Herr Stv. Reese , dass die g.e.b.b. mit der Verwertung beauftragt und die Wehrbereichsverwaltung nach wie vor Eigentümerin sei.

Nach den Herrn Stv. Bahr vorliegenden Informationen der Bezirks-Regierung führe der formale Widerspruch ohne Begründung im Verfahren nicht weiter. Insofern könne danach das Verfahren von hier aus beschleunigt werden.

Herr Stv. Reese sieht eine Übereinstimmung hinsichtlich des Wunsches, das Verfahren zu beschleunigen, andererseits aber Unsicherheiten in der Bewertung der Situation. Vor diesem Hintergrund wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 06.05.2004:

Die Beschlussfassung wird auf Hauptausschuss und Rat geschoben. Die Verwaltung wird gebeten, bis dahin die rechtliche Position zu prüfen.

Einstimmigkeit

Reese
Vorsitzender

Paßmann
Schriftführerin